

## Mitteilungsvorlage

**Drucksachen-Nr. 0263/2010**  
**öffentlich**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b>
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	22.06.2010	Beratung

### Tagesordnungspunkt

#### **Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerber/innen, jüdischen Migranten und Migrantinnen, Spätaussiedler/innen und Menschen in Wohnungsnot in Bergisch Gladbach**

Inhalt der Mitteilung

##### I. Allgemeines

Wie schon im Vorjahr war für diesen Aufgabenbereich der Abteilung 5-50 das Jahr 2009 geprägt durch die Umstrukturierung der städtischen Unterkünfte auf der Grundlage des durch den damaligen Sozialausschuss und den Rat verabschiedeten Unterküpftekonzeptes vom November 2007.

Es wurden weitere Unterkünfte ersatzlos aufgegeben und dem FB 8 – Immobilienbetrieb – zur Vermarktung zurückgegeben. Leider konnte wegen der angespannten Haushaltssituation die Umsetzung dieses Unterküpftekonzeptes nicht wie geplant erfolgen, so dass der dringend benötigte Abriss und Neubau der für Einzelpersonen vorgesehenen Notunterkunft „Thielenbrucher Straße 1“ verschoben werden musste. Dies führte teilweise zu Problemen bei der Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen, die dadurch gelöst wurden, dass in Einzelfällen Mischbelegungen in Unterkünften für Flüchtlinge und Spätaussiedler/innen vorgenommen wurden.

Anfang Januar waren in jetzt noch 13 Unterkünften an 7 Standorten 120 ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 3 Unterkünften an 2 Standorten 16 Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten sowie in 7 Notunterkünften an 4 Standorten 86 Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also 222 Personen in städtischen Unterkünften.

## II. Asylbewerber

Im Lauf des Jahres wurden 15 neue Asylbewerber (Vorjahr: 38), dazu 6 Rückkehrer (6), die schon einmal gemeldet waren, in den städtischen Unterkünften untergebracht – demgegenüber sind 64 Personen (62) ausgezogen, davon 48 in Wohnungen (54), 3 kehrten in die Heimat zurück (2), und 13 verzogen mit unbekanntem Ziel (6). Innerhalb der städtischen Unterkünfte waren aus verschiedenen Gründen 19 Umzüge (2) notwendig.

Am Jahresende waren noch 77 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge (120) in städtischen Unterkünften untergebracht. Die Zahl der Asylanträge insgesamt ist über das Jahr verteilt gegenüber dem Vorjahr weiter zurückgegangen, wobei ab dem Jahresende 2009 allerdings wieder ein gewisser Anstieg zu verzeichnen war. Die Vermittlung von Wohnraum für berechnigte Flüchtlinge blieb gegenüber dem Vorjahr auf ähnlich hohem Niveau, so dass sich die Gesamtzahl der untergebrachten Personen um ca. 35 % verringert hat.

## III. Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion

(Erläuterung: Spätaussiedler/innen nach dem Bundesvertriebenengesetz sind Angehörige deutscher Minderheiten, die als Einwanderinnen / Einwanderer in die Bundesrepublik gelangten – seit 1950 aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion, später aus der Russischen Föderation und Kasachstan.

Jüdische Migrantinnen und Migranten sind Personen, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen auf Grundlage des Zuwanderungsgesetzes in Deutschland aufgenommen werden.)

Bei den Spätaussiedler/innen und jüdischen Migrantinnen und Migranten lag die Zahl zum Anfang 2009 bei 16 untergebrachten Personen (davon 5 jüdische Migrantinnen und Migranten, Vorjahr 17 / 5). Im Jahr 2009 flaute der Zuzug beider Personengruppen aus der ehemaligen Sowjetunion insgesamt weiter ab.

So kamen bis Ende des Jahres lediglich 3 neue Spätaussiedler (3) nach Bergisch Gladbach. Dem gegenüber konnten 11 Personen in private Wohnungen umziehen (6), so dass zum Jahresende nur noch 8 Personen in städtischen Unterkünften untergebracht waren.

Die weitere Zugangsentwicklung ist schwer zu prognostizieren. Es hat aber den Anschein, als ob der Zuzug der Aussiedler/innen und jüdischen Migrantinnen und Migranten allmählich zu Ende geht.

## IV. Menschen in Wohnungsnot

Die Anzahl der Personen, die in Notunterkünften untergebracht wurden, ist im vergangenen Jahr leicht angestiegen: von 86 Personen Anfang Januar auf 91 Personen Ende Dezember. Allerdings beinhaltet diese Entwicklung über das Jahr verteilt 102 Zugänge (Vorjahr: 74), davon 49 in die Notschlafstelle (25), aus der sie dann in eine Notunterkunft oder mit unbekanntem Ziel verzogen und 97 Auszüge (82) sowie 26 Umzüge innerhalb der städtischen Unterkünfte (34). 61 Personen verzogen in privaten Wohnraum (38), 2 Personen verstarben (5) und 34 verzogen mit unbekanntem Ziel (39).

Im Jahr 2009 waren 52 Zwangsräumungstermine (49) durch den Gerichtsvollzieher angesetzt worden, in deren Folge 9 Personen untergebracht werden mussten.

Nicht dokumentiert sind ca. 60 Personen, die aus verschiedenen Gründen nach der Möglichkeit der Unterbringung in städtischen Unterkünften fragten, aber nach den Beratungsgesprächen doch Alternativen fanden bzw. sich nicht mehr meldeten. Auffällig war - wie bereits im Vorjahr – der relativ hohe Anteil an jüngeren, männlichen Personen unter 25 Jahren. Diese werden entweder aus dem Haushalt der Eltern verwiesen oder können nicht mehr bei Freundinnen oder Freunden wohnen.

Auch im Jahr 2009 stellte der bereits in den Vorjahren dokumentierte Zulauf von Obdachlosen aus der ortsansässigen Psychiatrie, den Suchtkliniken und Hilfseinrichtungen für betreutes Wohnen eine große Herausforderung an die Mitarbeiter dar. Dieser Personenkreis ist vor allem deshalb problematisch, weil die Unterbringung in einer Notunterkunft die Schwere der psychischen Erkrankung oft noch verschlimmert.

Dank der weiterhin intensiven Kontakte mit den Betreuerinnen und Betreuern dieser Menschen wird bereits von Beginn der Unterbringung an für eine kontinuierliche Begleitung durch den sozialpädagogischen Dienst und die jeweilige Betreuerin bzw. den Betreuer gesorgt.

Dieser Personenkreis stellt nach wie vor hohe Anforderungen an die notwendige Betreuungsarbeit der Mitarbeiter/innen und die Belegungssituation innerhalb der Unterkünfte.

## V. Zusammenfassung

Ende 2009 waren in 11 Unterkünften (Vorjahr: 13) an 5 Standorten (7) noch 77 (120) ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 2 (4) Unterkünften 8 (16) Spätaussiedler/innen und jüdische Migrantinnen und Migranten sowie in 7 (7) Notunterkünften an 4 (4) Standorten 91 (86) Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also 176 (222) Personen in städtischen Unterkünften.

Auf Grund dieser Entwicklungen war es möglich, den Plan der Aufgabe von Unterkünften, die aufgrund ihres Wohnungscharakters schlecht geeignet sind, weiterhin zu verfolgen. So konnten wie vorgesehen am Jahresende die Grundstücke in der Scheidtbachstraße 14, 18 und 20 dem Fachbereich 8 zur Vermarktung zurückgegeben werden. Gleiches gilt für die Unterkunft in der Richard-Zanders-Straße 84A, die zurzeit noch als Notreserve zur Verfügung steht und für die noch eine Zweckbindung bis 2015 zu berücksichtigen ist).

Die aktuelle Konzeption sieht mittelfristig die Bereitstellung von ca. 250 - 300 geeigneten Plätzen, die sofort belegbar sind, für die Unterbringung von Asylbewerber/innen, Migrantinnen und Migranten, Obdachlosen und Spätaussiedler/innen vor.

Hierfür ist auch die Renovierung einiger bestehender Objekte erforderlich, was in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 8 unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorgaben in Angriff genommen werden muss. Im Hinblick auf den Ersatz der beiden Gebäude „Thielenbrucher Straße 1“ und - mittelfristig – der Gierather Straße 42, die beide für die Unterbringung von (insbesondere männlichen) Einzelpersonen benötigt werden, muss im Rahmen einer Fortschreibung der Unterkünftekonzeptes in den nächsten Jahren nach

Lösungen gesucht werden. Ein dringender Ersatzbedarf für die Unterbringung von Einzelpersonen besteht nach wie vor, weil dieser Personenkreis wächst und sich die Unterkünfte „Hoppersheider Busch“ (speziell in den Sanitärbereichen) und „Gierather Straße 42“ in sehr schlechtem Zustand befinden.

